

# «Dann sollen die USA doch klagen»

**STEUERSTREIT** Erneut üben die USA Druck auf die Schweiz aus. Wirtschaftsprofessor Martin Janssen rät aber zur Gelassenheit: Die Schweiz könne selbstsicher agieren.

INTERVIEW BALZ BRUPPACHER  
balz.bruppacher@luzernerzeitung.ch

**Wie ernst sind die Drohungen der USA in der Kontroverse über unversteuerte Gelder auf Schweizer Banken zu nehmen?**

**Martin Janssen\*:** Es handelt sich um Drohungen eines US-Staatsanwalts. Es liegt weder eine Anklage noch ein Urteil vor. Wir haben es mit dem Powerplay eines Staatsanwalts zu tun. Entsprechend sollten auch die Reaktionen ausfallen.

**Was heisst das?**

**Janssen:** Sicher nicht in Panik verfallen, sondern mit Gelassenheit abwarten, was wirklich passiert. Soll der Staatsanwalt doch eine Anklage erheben. Dann wird man sehen, ob die Vorwürfe Hand und Fuss haben.



**«Wir haben es mit dem Powerplay eines Staatsanwalts zu tun.»**

MARTIN JANSSEN,  
WIRTSCHAFTSPROFESSOR

**Sie glauben also nicht, dass bis zu einem Dutzend Schweizer Banken selbst nach dem Bekanntwerden des Falls UBS noch Schwarzgeld von US-Kunden entgegennehmen haben?**

**Janssen:** Ich kann mir das nicht vorstellen. Diese Bankvertreter sind nicht naiv. Sie haben sich sicher nicht einfach über schweizerisches und wohl auch nicht über amerikanisches Recht hinweggesetzt. Ich weiss, dass einzelne Banken zusammen mit amerikanischen

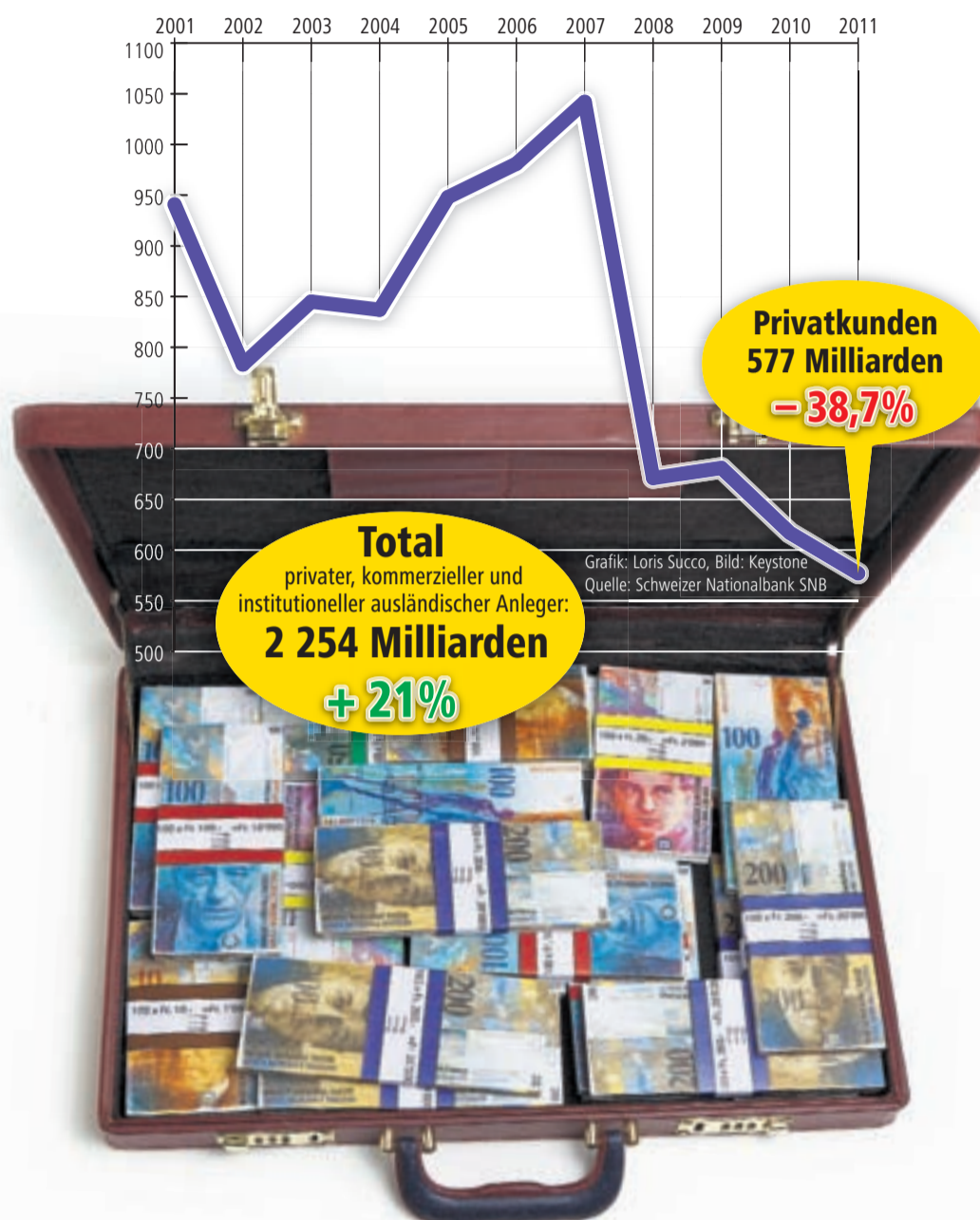
Anwälten peinlichst genau abgeklärt haben, was selbst aus Sicht des amerikanischen Rechts im Umgang mit Kunden aus den USA zulässig ist und was nicht.

**Dann würden Sie auch ausschliessen, dass es schwarze Schafe unter den Banken gibt?**

**Janssen:** Schwarze Schafe kann man in keinem Berufsstand ausschliessen.

## Wertschriftenbestände ausländischer Depotinhaber bei Schweizer Banken

Vergleich der Entwicklung 2001 bis 2011 in Milliarden Franken



### EXPRESS

- Die USA spekulieren darauf, dass die Schweiz im Steuerstreit erneut einknickt.
- Wirtschaftsprofessor Janssen hofft, dass die Schweiz diesen Fehler nicht nochmals macht.

für die USA systemrelevante Grossbank ernsthaft zu bedrohen.

**Die Bundesbehörden arbeiten an einer Lösung, bei der das alte und das neue Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit den USA kombiniert zur Anwendung kommen sollen. Damit will man Gruppenanfragen auch in Fällen von Steuerhinterziehung ermöglichen. Ist das ein gangbarer Weg?**

**Janssen:** Es geht um die Rechtssicherheit. Ich sehe nicht ein, wieso man ein Problem aus der Vergangenheit mit dem neuen DBA lösen soll. Wir haben ein geltendes DBA, das die Amtshilfe bei Steuerbetrug und dergleichen ermöglicht. Wenn wir dieses Abkommen nun mit dem neuen DBA verbinden und neu interpretieren, dehnen wir unser Recht ein weiteres Mal.

**Es wird auch über die Aushändigung von Kundendaten auf dem Notrechtsweg diskutiert.**

**Janssen:** Das darf keinesfalls geschehen. Die Rechtssicherheit ist der wichtigste Pfeiler auch der neuen Finanzplatzstrategie. Davon hängt die Zukunft des Finanzplatzes ab. Es wäre fatal, wenn wir diesen Trumpf fahrlässig aus der Hand gäben. Wir müssen dieses Problem mit der nötigen Gelassenheit und Selbstsicherheit angehen. Die USA setzen Druck auf und hoffen, dass die Schweiz ein weiteres Mal einknickt. Ich hoffe, dass die Schweiz etwas gelernt hat und dass dies nicht ein weiteres Mal passiert.

**Die Bankiervereinigung hofft, dass die USA auch deshalb zu einer Lösung Hand bieten, weil sie selber die Rechtssicherheit als wichtiges Gut betrachten. Ist das realistisch?**

**Janssen:** Das ist blauäugig. Die USA kümmern sich nicht um die Rechtssicherheit in der Schweiz. Sie hatten mit ihrem Powerplay schon einmal Erfolg. Jetzt probieren sie es wieder.

### HINWEIS

► \* **Martin Janssen** ist Professor of Finance am Institut für Banking und Finance an der Universität Zürich. ◀

## «Müssen standhaft bleiben»

**POLITIK** Reaktionen auf die neuesten Druckversuche der USA gab es gestern auch bei den Politikern. «Wir müssen jetzt Rückgrat beweisen und standhaft bleiben», sagte der Luzerner CVP-Ständerat Konrad Graber. Die Schweiz dürfe keinesfalls ausserhalb der geltenden Gesetze Daten ausliefern. Die USA zögen hier ein «Powerplay» auf, es sei jedoch nicht klar, ob sie wirklich klagen würden. «Die USA bringen damit auch ihren eigenen Finanzplatz in Gefahr», so Graber weiter. Schliesslich sei beispielsweise die Credit Suisse (CS) in den USA ein grosser Arbeitgeber.

Zur Not müsse man Klagen in Kauf nehmen, sagt Graber. Das könne zwar für die betroffenen Banken existenzbedrohend sein. Aber für den Finanzplatz hätte das Herausgeben der Daten noch viel gravierendere Konsequenzen. «Dann wären wir auch gegenüber anderen Staaten ausgeliefert», so Graber.

### «Nichts dazugelernt»

Der gleichen Meinung ist der Luzerner FDP-Nationalrat Georges Theiler. Die Schweiz dürfe sich nicht unter Druck setzen lassen. «Es kann doch nicht sein, dass die Politik immer wieder Fehler ausbügeln muss, welche private Firmen im Ausland machen», ärgert sich Theiler. Vielmehr solle man sich an das geltende Doppelbesteuerungsabkommen halten.

Theiler warnt, dass man andernfalls eine «Lawine» von weiteren Forderungen, auch von europäischen Ländern, gewärtigen müsse. «Jede Erpres-

sung, der man nachgibt, zieht weitere Erpressungen nach sich», ist er überzeugt.

SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer (Baselnd) ärgert sich primär über die Banken: «Anscheinend hat man nach dem Fall UBS nichts dazugelernt.» Für Leutenegger ist klar, dass es immer wieder zu solchen Problemen komme, solange die Schweiz keine klare Weissgeldstrategie habe. «Wir sind ständig erpressbar», klagt sie. Es brauche deshalb eine Gesetzesgrundlage, damit die Schweiz auch bei Verdacht auf Steuerhinterziehung Amtshilfe leiste. Besorgniserregend sei zudem, dass nun auch Kantonalbanken in den Fokus der USA rückten.

### Verhandeln oder nicht?

Leuteneggers Kollegin, die St. Galler SP-Nationalrätin Hildegard Fässler, forderte gegenüber Radio DRS, Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf müsse das direkte Gespräch mit ihrem US-Amtskollegen suchen. Sie erwarte ein Bekenntnis gegenüber den USA, dass die Schweiz «kein Bankgeheimnis für ausländische Steuerhinterzieher» wolle.

Genau das Gegenteil will SVP-Nationalrat Hans Kaufmann. Der Zürcher forderte im «Tages-Anzeiger», man solle die Verhandlungen mit den Amerikanern abbrechen und abwarten, ob sie wirklich Strafanzeige gegen die CS oder eine andere Schweizer Bank mit US-Kunden einreichen würden.

JAN FLÜCKIGER  
jan.flueckiger@luzernerzeitung.ch

Aber bewusste Verstösse einer ganzen Reihe von Banken, von einer Grossbank über Privatbanken bis zu Kantonalbanken, das kann ich mir nicht vorstellen.

**Mit der Credit Suisse ist auch eine systemrelevante Bank im Visier der US-Justiz. Kann eine Anklage gegen die Grossbank nicht verheerende Folgen für die ganze Volkswirtschaft haben?**

**Janssen:** Die Situation ist nicht mit jener der UBS von Anfang 2009 vergleichbar. Die UBS war damals extrem verletzlich. Das ist die CS heute nicht. Soll die US-Justiz doch Klage erheben. Solange kein rechtskräftiges Urteil vorliegt, sind auch keine Verstösse erwiesen. Hinzu kommt, dass es sich die USA in ihrer gegenwärtigen finanziellen Verfassung nicht leisten können, eine auch

## Banken setzen auf die Unterstützung des Bundes

**STEUERSTREIT** bb. Kein Notrecht und kein neuer Staatsvertrag à la UBS, sondern eine abschliessende Lösung aufgrund von bestehendem Recht: Bankierpräsident Patrick Odier hofft, dass so der Steuerstreit zwischen der Schweiz und den USA beigelegt werden kann, wie er gestern vor den Medien erklärte. Selten hat eine Medienkonferenz der Schweizerischen Bankiervereinigung derart grosses Interesse ausgelöst. Die Indiskretionen in der Sonntagspresse über eine erneute Eskalation im Steuerstreit mit den USA bescherten dem Bankendachverband gestern am Zürcher Paradeplatz ein volles Haus.

### Delikate Situation

Eine Bestätigung, dass die USA ultimativ Auskunft über die Zahl der US-Kontoinhaber bei rund einem Dutzend Schweizer Banken gefordert haben, gab es zwar nicht. Bankierpräsident Odier sprach aber von einer delikaten Situation. Und weiter: «Zu mächtig sind die USA, zu robust ist das Vorgehen der US-Staatsanwälte und zu sorglos war vielleicht das frühere Geschäftsgebaren einzelner Banker.» Der Bankendachverband will den Datenhunger der USA stillen, ohne dass der Staat in die Bresche springt. Weder ein neuer Staatsvertrag noch eine Herausgabe von Kundendaten per Notrecht seien am Platz. Die Lösung sei vielmehr auf der Basis des alten und des neuen Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) zu finden.

Das ist der Weg, den auch der Bundesrat einschlagen will. Durch eine grosszügige Auslegung dieser Ver-

träge sollen so auch Gruppenanfragen der USA in Fällen von Steuerhinterziehung nach einem bestimmten Muster möglich werden. Eine Anwendung von Notrecht wie im Fall UBS stehe völlig ausser Frage, machte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf gestern klar.

### Hoffen auf den US-Pragmatismus

Fragt sich nur, ob die USA auf diesem Weg zum Einlenken bereit sind. Odier gab sich überzeugt, dass man mit guten Argumenten bei den «pragmatischen USA» sicher auf Verständnis stossen werde. «Ich bin überzeugt, dass die USA verstehen, dass wir keine Bananenrepublik sind», sagte der Bankierpräsident und wich der Frage aus, ob das Vorgehen der USA erpresserisch sei.

Odier liess aber auch keinen Zweifel daran, dass Banken, die Gesetze verletzt haben, bezahlen müssen. Die Bankiervereinigung hat offensichtlich ein grosses Interesse daran, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit mit unversteuerten Geldern zu ziehen. Das Bankgeheimnis will man dabei nicht vollends über Bord werfen. Es

soll aber nicht mehr dazu dienen, Vermögen zu verstecken, sondern Vermögen zu schützen, lautet die neue Strategie.

Die Zuversicht der Bankiervereinigung im Steuerstreit mit den USA wird nicht überall geteilt. Der Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann erinnerte daran, dass sich die USA bei der Durchsetzung ihrer Forderungen wenig um das Recht in anderen Staaten kümmerten. Straumann hatte letztes Jahr zur UBS-Krise ein Gutachten erstellt. Er kam zum Schluss, dass die Forderungen der Grossbank im sogenannten Crossborder-Geschäft mit US-Kunden nicht als isolierter Einzelfall betrachtet werden dürften. Es habe sich vielmehr im Kern um eine Geschäftspraxis gehandelt, die auf einer jahrzehntelangen Tradition beruhe.

Die Reaktion der Börse auf die jüngsten Ereignisse fiel deutlich aus: Die CS-Aktien stürzten um 8,1 Prozent ab und schlossen knapp unter 20 Franken. Die Aktie von Julius Bär, die ebenfalls im Visier der US-Justiz ist, büsste 6,9 Prozent ein. 6,5 Prozent verloren die UBS-Titel.

Bankierpräsident Patrick Odier.  
Key

